

BRONSKIS WOCHE

Liebe Leserinnen, liebe Leser, das Jahr 2022 geht zu Ende. Fast hätte ich geschrieben: Es klingt aus. Aber das hätte einen allzu harmonischen Schein erzeugt. 2022 war ein schwieriges Jahr mit all den Problemen, die sich in seinem Verlauf aufgetan haben und die ich hier nicht erneut aufzählen möchte. Wir haben – unter anderem im FR-Blog – breit darüber gesprochen. Das werden wir auch weiterhin tun, aber zunächst sollten wir uns eine kleine Pause zum Atemholen gönnen. Dazu gibt es Bronskis kleinen Jahresrückblick unter frblog.de/jahr2022

Ich wünsche Ihnen allen friedliche Feiertage im Kreis der Menschen, die Ihnen wichtig sind, und einen guten Rutsch ins neue Jahr, das sich von einer besseren Seite zeigen möge als das Jahr, das jetzt verraucht.
Ihr Bronski

Der Wahnsinn schreitet fort

Washington: „Vorteil Selenskyj“, FR-Meinung vom 22. Dezember

Statt einer Friedensbotschaft kurz vor Weihnachten wird die nächste Eskalationsstufe betreten: Keine Waffenstillstandsankündigung für die Zeit über Weihnachten und Neujahr, sondern die Stationierung hochmoderner neuer Raketen in der Ukraine. Das ist die Vorbereitung eines großen Krieges in aller Öffentlichkeit. Russland teilt postwendend mit, dass sie die Patriot-Raketen unmittelbar nach Stationierung in der Ukraine zerstören werden. Der Wahnsinn schreitet voran.

Wenn Frauen über den Krieg berichten, wird auch das dem Krieg nicht die Grausamkeit und die Unerbittlichkeit nehmen – auch wenn der Fokus ein anderer ist. Nur eine vernünftige Politik könnte etwas ändern. Die ist aber nicht in Sicht. Das ist die furchtbare Weihnachtsbotschaft des Auftritts Selenskyjs vor der Politiker-Elite der Vereinigten Staaten von Nordamerika!
Thomas Ewald, Nidderau

Die Frage sei erlaubt: Wer ist hier eigentlich radikal?

„Letzte Generation“: „Auch blockieren will gelernt sein“ und „Festgeklebt am Gestern“, FR-Tagesthema und FR-Forum vom 17. Dezember

Im Interesse der gesamten Menschheit

Der Staat muss auf die Taten der „Letzten Generation“ reagieren, ohne Zweifel. Sich auf Straßen festzukleben kann nicht toleriert werden! Doch die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Wer von der Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ spricht, hat jeden Maßstab verloren. Wer Bürger in „Präventivhaft“ nimmt, vergisst den Rechtsstaat!

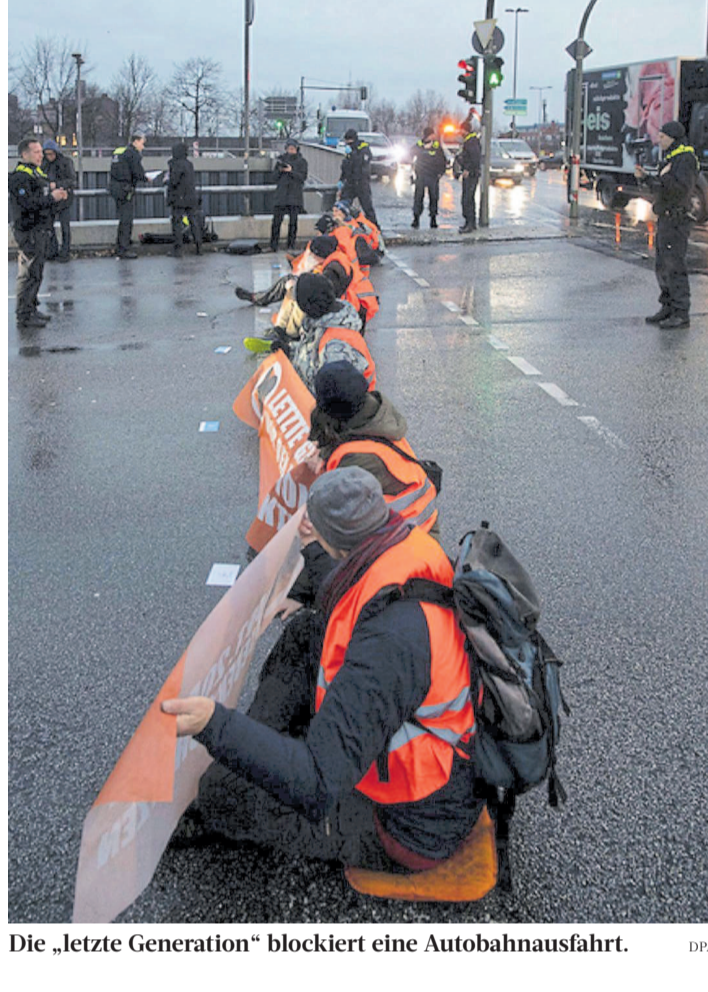
Wer freie Fahrt für Bürger fordert und ein Tempolimit absolut ablehnt, ist – zumindest moralisch – verantwortlich für viel mehr Staus als die durch die von der „Letzten Generation“ verursachten, für einen größeren CO₂-Ausstoß, mehr Unfälle mit mehr Verletzten und Toten. So etwas gilt beim Strafrecht schlimmstenfalls als Beihilfe zum Mord. Zudem müssen bei jeder Verurteilung die Höhe des Schadens und die Motive der Täter berücksichtigt werden. Bei einem Bankraub wird eine Bank inklusive ihrer Kunden geschädigt, die Täter handeln aus egoistischen Motiven und müssen mit einer mehrjährigen Haftstrafe rechnen. Die „Täter“ der Letzten Generation handeln nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Menschheit, der verursachte Schaden ist vergleichsweise gering.

Die „Täter“ (Verursacher) der Klimaverschlechterung handeln aus egoistischen Motiven, sie verursachen einen unendlich großen Schaden. Sollte man da nicht eher von einer „kriminellen Vereinigung“ sprechen, auch wenn dies juristisch schwerer fassbar ist?

Wolfgang Jeensch, Büdingen

Ausgeprägte Wesenszüge der Konservativen

Nachdem die AktivistInnen der Gruppe „Letzte Generation“ den Hauptstadt-Flughafen (BER) für knapp zwei (!) Stunden blockiert hatten, sprach Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenvorsitzender im Bundestag, davon, dass sich die Umweltaktivisten radikalisiert hätten, und verglich sie mit der RAF. Am selben Tag wurde die Meldung veröffentlicht, wonach es 2020 in der EU 240 000 vorzeitige Todesfälle wegen Luftverschmutzung (Feinstaubbelastung) gab. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO gab es in Europa diesen Sommer mindestens 15 000 Hitzetote. Für die Feinstaubbelastung und den Anstieg der Temperaturen, sprich den Klimawandel, ist u.a. der Autoverkehr mitverantwortlich. Herr Dobrindt war vom Dezember 2013 bis Oktober 2017 als Bundesverkehrsminister eben auch für den Verkehr verantwortlich. Vor ihm und nach ihm waren die Bundesverkehrsminister ebenfalls von der CSU. Die Frage sei erlaubt, wer da radikal ist?



Die „letzte Generation“ blockiert eine Autobahnausfahrt. DPA

Am Tag der Aktion am BER wollte die Bauministerin von NRW, Ina Scharrenbach (CDU) von Düsseldorf nach Berlin zu einer Konferenz der LandesbauministerInnen fliegen! Thema der Konferenz war wohl „Nachhaltiges Bauen“ (!). In ihrem Tweet jammerte sie, dass der Flieger wegen der genannten Aktion umdrehen musste. Selbstreflexion und Selbstkritik waren noch nie ausgeprägte Wesenszüge der Konservativen!

Otto Gebhardt, Frankfurt

Eine Freiheit, die sich im Böllern erschöpft

Obwohl die ohnehin bereits überlasteten Krankenhäuser mit stärkeren Belegungsdaten durch die Silvesterknallerei rechnen,

obwohl die Ärztekammer und die Polizeigewerkschaft ein Böllerverbot fordern, und obwohl es Petitionen, Eingaben u.ä. an verantwortliche Stellen gibt, ist seitens der Politik kein Ton zu einem Böllerverbot an Silvester vernehmbar. Es werden weltweit teure Konferenzen zur Klimapolitik abgehalten, es werden unzählige Beiträge, Forderungen, Denkschriften, Mahnungen etc. zum Klimaproblem geleistet, aber einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz sowie dem Schutz für die Gesundheit und der Umwelt durch ein Böllerverbot scheint die Politik weder in der Lage noch fähig und nicht einmal bereit zu sein.

Gegenüber den Klimaschützern der „letzten Generation“ ist man in der Lage, bundesweit vorzugehen, weil diese sich strafbar machen, aber gegen die Verursacher der Klimakatastrophe, die sich in weit stärkerem Maße gegenüber der gesamten Menschheit durch Gesundheits-schädigung und Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen strafbar machen, verhält sich die Politik machtlos. Als geradezu zynisch muss dabei die Stellungnahme des Bundesverbandes für Pyrotechnik, einmal im Jahr die Funken sprühen zu lassen, bringe für viele Menschen eine ganz besondere Faszination, bezeichnet werden, wenn dazu noch die Zahl der Verletzten, die bekanntlich eine zusätzliche Belastung für alle Betroffenen darstellen, heruntergespielt wird.

Wenn das Böllern eine Metapher für Freiheit darstellen soll, muss man sich ernsthaft die Frage stellen, worin eine Freiheit bestehen soll, in wenigen Sekunden eine Menge Geld in die Luft zu jagen, wenn andererseits dieses Geld allen aktuellen Meldungen zufolge nicht mehr für Essen oder zum Heizen reicht. Um welche Form von Freiheit soll es sich handeln, wenn dadurch die gesundheitliche Atmungs-, Bewegungs- und sonstige Freiheiten der Mitmenschen zerstört werden?
Peter Boettel, Göppingen

Diskussion: frblog.de/lastgeneration-2

Keine schnelle Rendite

Artemis 1: „Nasa in Feierlaune“, FR-Panorama vom 13. Dezember

Ich empfinde es als ziemlich irreführend, mit welcher Selbstverständlichkeit Milliarden in die astronomische Forschung gesteckt werden. Was haben wir davon, wenn wir wissen, wie Leben entstanden ist? Ist das wichtig für Multimilliardäre wie Musk und Co, um auf den Mars flüchten zu können, nachdem wir hier alles kaputt gemacht haben? Geisteswissenschaften? Eher Fehlannonce!

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder steckt zwei Milliarden Euro in Nürnberg in eine Technische Uni, während das Gebäude der Geisteswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen jahrelang wegen Baufähigkeit gesperrt war. Wirtschaftliche Verwertbarkeit wohin das Auge blickt. Nebenbei erfährt man, dass nicht erst seit der Pandemie z.B. Mangel an gut ausgebildeten Psychotherapeuten herrscht, die Abteilungen nicht nur der Kinder- und Jugendpsychiatrie überall völlig überlastet sind.

Vielleicht sollten wir alle mehr Timothy Leary wagen. Dieser Harvard-Professor der Psychologie prägte in den 60ern den Begriff „Psychonauten“: mehr nach innen schauen, mehr darauf achten, wie wir unser Zusammenleben gestalten, anstatt zu suchen, wo wir herkommen. Man muss deswegen nicht gleich LSD einwerfen wie Leary. Das Beobachten des Einatmens und Ausatmens reicht völlig. Bringt den Kapitalisten nur nicht die schnelle Rendite.

Karsten Neumann, Nürnberg/Bethang

Unrecht muss beim Namen genannt werden

Donald Trump: „Auf der Anklagebank“, FR-Politik vom 20. Dezember

Karl Doemens hat natürlich Recht, wenn er schreibt, dass die Anklageempfehlung des US-Kongress-Untersuchungsausschusses gegen Ex-Präsident Donald Trump ein logischer und demokratietheoretischer Schritt in einem Rechtsstaat darstellt. Denn es stimmt, dass in einem rechtsstaatlich konzipierten Gemeinwesen, der Bürgerinnen und Bürger wegen kleiner Vergehen belangt, der Umsturzversuch eines Präsidenten nicht ungesühnt bleiben darf. Und es stimmt, dass Trump jedes Mittel, auch illegale nutzt und sich als Märtyrer inszeniert. Vielleicht stimmt es auch, dass aufgrund der derzeit sich abzeichnenden Schwäche von Donald Trump Joe Biden kein Interesse daran haben

kann, die erneute Kandidatur Trumps zu verhindern.

Auf der anderen Seite ist es aber so, dass diese Betrachtungsweise aus Sicht der Demokraten zulässig und verständlich sein mag. Doch prinzipielle Überlegungen, dass das zum Himmel stinkende Unrecht des durch Trump versuchten Putschs fernab von taktischen Überlegungen zu sehen ist, müssten Biden eigentlich dazu zwingen, auch in dieser Situation Unrecht beim Namen zu nennen. Das heißt auch im kommenden Präsidentschaftswahlkampf – vorausgesetzt Trump wird wieder Kandidat der Republikaner – deutlich zu machen, welches Verbrechen Trump aus Eigeninteresse begangen hat. Es kommt also in den

nächsten Monaten darauf an, dass Biden, ohne Gefahr zu laufen, sich in ein schwebendes Verfahren einzumischen, die Flamme der Demokratie hochhalten muss, um zu verhindern, dass viele Amerikaner womöglich aus Frust dem Verbrecher Donald Trump bei einer eventuellen Kandidatur nachlaufen werden. Für die Demokratische Partei muss es darauf ankommen zu vermitteln, dass die Republikaner, die ehemalige Grand Old Party, inzwischen in weiten Bereichen von Opportunisten durchsetzt sind, die ihr Fähnchen wie etwa Mitch McConnell nach dem Wind richten. Wie wichtig ist es doch, Opportunisten aus der Politik herauszuhalten.
Manfred Kirsch, Neuwied